

PM Ramona Storm, MdL  
Alternative für Deutschland

Islamische Gebetsräume in Schulen?  
Staatsregierung windet sich aus Verantwortung

Fastenzeit, Schwimmunterricht, Schweinefleisch-Verbot – und jetzt die Forderung nach moslemischen Gebetsräumen: Die Islamisierung schreitet ungehindert voran. Und mit ihr werden die Ansprüche der Islam-Gemeinden nach Sonderbehandlung immer ausufernder.

„Interessant ist, dass derartige Forderungen seit dem Hamas-Terror vom 7. Oktober zugenommen haben“, sagt die AfD-Landtagsabgeordnete Ramona Storm. Wie ist das in Bayern – das wollte die Politikerin aus Unterfranken, die für ihre Fraktion im Bildungsausschuss sitzt, von der Staatsregierung wissen. Die Antworten aus dem Kultusministerium – mal wieder ein einziges Armutszeugnis:

„Die Dokumentation von Gebetsräumen in Schulen ist nicht Bestandteil der üblichen Verwaltungsaufgaben einer Schule“, drückte man sich im Ministerium von Staatsministerin Anna Stolz um die Antwort herum. Und eine Abfrage wäre aufgrund des „damit verbundenen unverhältnismäßigen Arbeitsaufwands“ nicht möglich.

Ramona Storm: „Vermutlich würde eine umfassende Antwort auch einiges an Irritationen auslösen.“

Letztlich windet man sich im Ministerium aus der Verantwortung, indem man die Entscheidung den einzelnen Schulen zuschiebt:

„Es steht daher grundsätzlich im Ermessen der Schulleiterin, des Schulleiters bzw. der einzelnen Lehrkraft, ob – im Falle des Unterrichts – dieser fächerunabhängig so gestaltet wird, dass muslimischen Schülerinnen und Schülern ein Zeitfenster zum Beten, zur Besinnung oder zum Innehalten eingeräumt wird...“

Ramona Storm: „Also hat der Schulleiter den Schwarzen Peter – und ist dem Druck von Schülern und Eltern ausgesetzt. Hier brauchen wir eine gesetzliche Regelung...“